

## Hausarbeit zum Seminar

Welchen konkreten Einfluß haben  
Stiftungen, Verbände oder Gewerkschaften  
auf die Bildungspolitik in Deutschland

Seminar: Bildungspolitik (Veranst. Nr.: 22-215)

Dozent: Prof. Kaiser

Hausarbeit: Christopher Stark  
Christopherstark@gmx.de  
www.christopherstark.de

Matr. Nr.: 5683983

Sommersemester 2008 - Universität Hamburg

## Gliederung

<b>1. Einleitung und Fragestellung.....</b>	<b>3</b>
1.1. Zeitlicher Kontext.....	3
<b>2. Grundlegende Annahmen und Theorien.....</b>	<b>4</b>
<b>3. Eingrenzung der Akteure und der Einflußbereiche.....</b>	<b>5</b>
3.1. Schwerpunkte der Einflußnahme von Verbänden und Gewerkschaften auf die Bildungspolitik.....	7
<b>4. Interessen, zugrundeliegende Ideologien und Ziele und daraus abgeleitete Forderungen.....</b>	<b>9</b>
4.1. Problemwahrnehmungen und Interessen .....	9
4.2. Aus der Problemwahrnehmung abgeleitete Ziele.....	10
<b>5. Beispiele für die subversive Einflußnahme verschiedener Interessengruppen. .</b>	<b>11</b>
5.1. Stifterverband der deutschen Wissenschaft.....	11
5.2. Direkter Einfluß von Wirtschaftsvertretern: Hochschulrat.....	12
5.3. Fallbeispiel Bertelsmannstiftung und das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE).....	13
<b>6. Schlußbemerkungen / Fazit.....</b>	<b>14</b>
<b>7. Literaturverzeichnis.....</b>	<b>15</b>

## 1. Einleitung und Fragestellung

Da Bildung auch in Deutschland in den letzten Jahren zunehmend als Schlüssel für die zukünftigen Entwicklungsperspektiven gesehen wird, ist die Zahl derjenigen Akteure groß, die sich darum bemühen, Einfluß auf die politischen Weichen und Zielrichtungen im Bildungssektor auszuüben.

Neben ideologisch aufgeladenen Zielkonflikten in der Öffentlichkeit, mischen Lobbies, Verbände, Gewerkschaften und andere nichtstaatliche Akteure auf der Ebene von Parlamenten, Parteien und ministerialen Entscheidungsgremien in der Bildungspolitik mehr oder weniger direkt mit.

Die Fragestellung, welche hier behandelt werden soll, zielt darauf ab, in wie weit Verbände, Lobbies und Gewerkschaften die politische Entwicklung im Bildungssektor tatsächlich wesentlich mitgestalten, oder ob sich ihr Einfluß auf die Umsetzung bildungspolitischer Maßnahmen in engen Grenzen hält.

Die Fragestellung ist in sofern relevant, als daß verschiedenste Akteursinteressen existieren, die auf den ersten Blick schwer zu durchschauen und zu kategorisieren sind. Daher versucht dieses Papier, verschiedene Interessen und der daraus resultierende konkrete Einfluß auf die Bildungspolitik vergleichend darzulegen. Hierbei gilt es zu schauen, an welchen Stellen jene Organisationen konkret am formalpolitischen Prozeß beteiligt sind, anhand welcher konkreter Kampagnen oder Veröffentlichungen daneben versucht wird, Einfluß auszuüben und in Bezug auf welche Gesetze im Bildungsbereich der Einfluß verschiedener Gruppen erkennbar ist.

### 1.1. Zeitlicher Kontext

Die Definition dessen, was Bildung bedeutet, ist von vielen Faktoren abhängig und befindet sich in einem ständigen Wandel. Eine bedeutende Rolle spielt hierbei etwa die subjektiv wahrgenommene, bzw. objektiv meßbare ökonomischen Situation, oder die Deutungshoheit bestimmter gesellschaftlicher Akteure innerhalb bestimmter politischer Themenbereiche.

Galt Bildung in den 70er Jahren in der BRD noch als öffentliches Gut, für welches der Staat aufzukommen habe, kam es seit den 80er Jahren zunehmend zu einer Verschiebung hin zu einer Definition von Bildung als privates Gut, für welches jeder einzelne Bürger – auch in Hinblick auf finanzielle Aspekte – selbstverantwortlich sei. Heute hat sich in vielen Bereichen der Gesellschaft und des Bildungssystems – insbesondere an den Hochschulen – (und trotz anhaltender Abwehrkämpfe von Studierenden) ein ökonomisches Paradigma teilweise durchgesetzt. Hierzu haben auch öffentliche Bildungsdiskurse beigetragen, welche seit dem Jahr 2000 in Folge der schlechten Ergebnisse für das Schulsystem der BRD laut der Pisa-Studie, aufkamen. Die hieraus resultierende, bis heute andauernde Krisenstimmung hat zu einer Suche nach neuen Wegen zur Verbesserung des bestehenden

Systems geführt. Diese Suche wird maßgeblich von Verbänden, Lobbies und Gewerkschaften beeinflusst.

## 2. Grundlegende Annahmen und Theorien

Um auf den konkreten Einfluß von Verbänden und Gewerkschaften einzugehen, sollten zunächst auf in diesem Zusammenhang erwähnenswerte politikwissenschaftliche Theorien hingewiesen werden:

Zunächst ist hier die **Statusgruppen-Theorie** zu nennen. Sie besagt, daß es eine Konkurrenz zwischen gesellschaftlichen Statusgruppen um den Zugang zu nicht handelbaren Gütern, wie etwa Bildung, gebe. Diese Konkurrenz habe deshalb einen Wettbewerbscharakter, zumal es sich in Bezug auf die Bildung um ein knappes Gut handle. Um die Vormachtstellung der eigenen Statusgruppe zu wahren und um einen Aufstieg niedrigstehender Statusgruppen zu verhindern, intervenierten höhere Statusgruppen, um das Hierarchische System in der aktuellen Konstellation beibehalten zu können. Triebfeder für dieses Handeln sei die Angst vor einem relativen Abstieg innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie.

Konkret hieße dies bezogen auf das Bildungssystem, daß Menschen aus Akademikerfamilien ein Anliegen am Fortbestand asymmetrischer Bildungschancen hätten.

Um die grundverschiedenen Zielrichtungen verschiedener Interessengruppen besser verstehen zu können, sei auf die Humankapital Theorie verwiesen. Sie besagt, daß Bildung und die Fähigkeiten des Individuums als ökonomisches Gut betrachtet werden müßten. So versteht die „**Humankapital**“-Theorie, Bildung als eine Investition in das individuelle „Humankapital“, also die monetarisierbaren Fähigkeiten des Einzelnen. Bildung als Investition in sich selbst erhöhe demnach die eigene Produktivität und führe damit zu einem höheren gesamtgesellschaftlichen, wie persönlichen Gewinn. Wer studiert, hat dieser Theorie zur Folge ein höheres „Return of investment“ zu erwarten, als jemand, der nicht studiert (Kreft, 2006; Cortina/Baumert/Leschinsky, 2003; Wolf nach Scharpf, 2006).

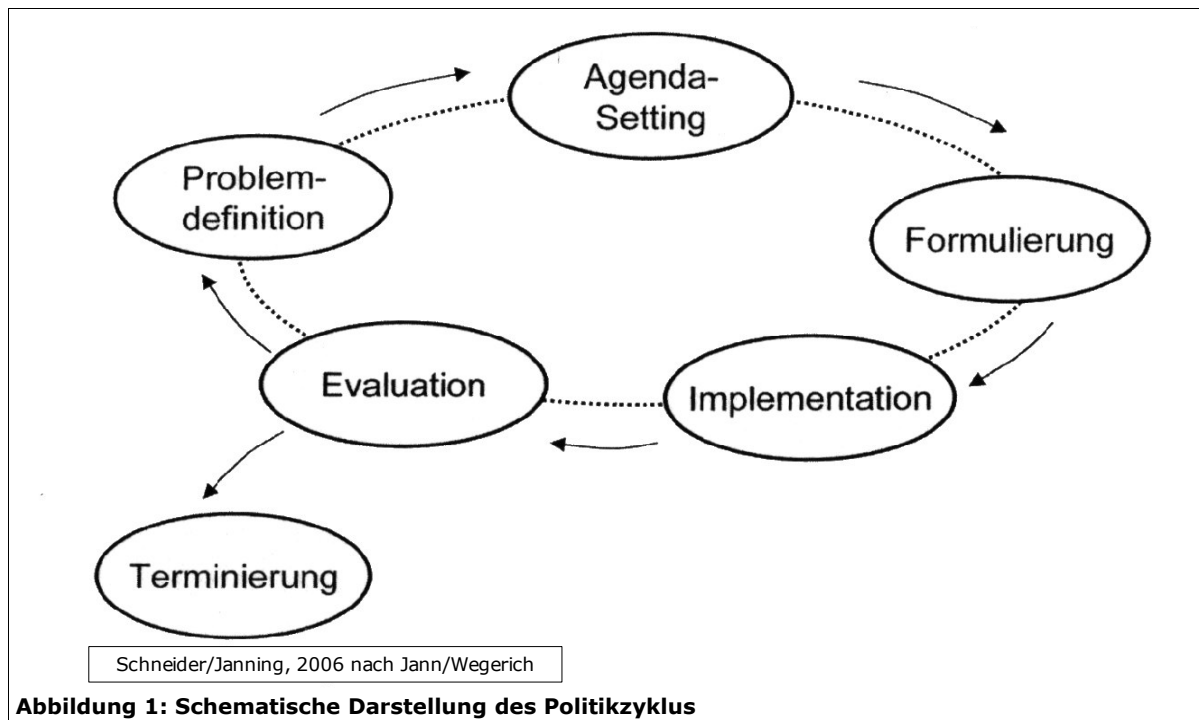
Der Humankapitaltheorie unvereinbar gegenüber steht das sogenannte Humboldsche, bzw. Humanistische Bildungsideal, welches Bildung ohne Zielorientierung propagiert und Bildung als Instrument für die freie Entfaltung des Geistes und der Persönlichkeit sieht, also keinerlei monetarisierbare oder materialistische Ideologie mit der Bildung verbindet.

Um die komplexen Politikprozesse zu ordnen und dadurch transparenter zu machen, kann die **Politikzyklustheorie** herangezogen werden, die hierfür ein nützliches Instrument darstellt.

Im Bereich der Bildungspolitik ist zunächst davon auszugehen, daß einflußreiche gesellschaftliche Gruppen unterschiedlichste Partikularinteressen verfolgen.

An einem bestimmten Zeitpunkt gelangt ein gesellschaftliches Problem in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Ein Problem wird definiert. Anschließend findet ein sogenanntes Agenda setting statt, also die Festlegung einer Stoßrichtung, in welche politische Entscheidungen gehen sollen, im Sinne der Bewältigung des Problems. Anschließend

werden konkrete Politikmaßnahmen formuliert und implementiert. Schließlich findet ggf. eine Evaluation statt. Wird im Zuge der Evaluation festgestellt, daß eine politische Maßnahme ihr Ziel verfehlt hat, kann der Politikzyklus mit anderer Schwerpunktsetzung von neuem beginnen.



**Abbildung 1: Schematische Darstellung des Politikzyklus**

### 3. Eingrenzung der Akteure und der Einflußbereiche

Die hier behandelten Organisationen umfassen Gewerkschaften (wie die GEW, Ver.di, der DGB etc.), Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsverbände und Arbeitgeberverbände, wie der BDI, BDA, oder der DIHK, sowie sonstige Interessengruppen – vor allem Stiftungen. Der Fokus liegt auf der Bundesebene, wo Gewerkschaften, Lobbies und Arbeitgeberverbände meist organisiert sind (Fuchs/Reuter, 2000; Kreft, 2006).

Weitere Akteure auf dem bildungspolitischen Feld sind Nichtregierungsorganisationen, wie etwa Stiftungen die auch eine große Bedeutung haben. Es handelt sich bei den Stiftungen um Organisationen, welche von Personen oder anderen Organisationen, Parteien etc. mit dem Ziel gegründet werden, bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen voran zu treiben, oder die Interessen bestimmter Gruppen der Gesellschaft zu vertreten.

Die Akteure, auf welchen der Fokus in diesem Papier liegt, können grundsätzlich in Massenorganisationen und in von wenigen finanzierte Interessenvertretungen unterschieden werden. Grundsätzlich können diese Akteure auch nach Rechtsform oder Handlungsfeld kategorisiert werden.

Um die Stellung von Verbänden, Stiftungen und Gewerkschaften innerhalb des politischen Systems transparent zu machen, kann das oben erwähnte Modell des Politikzyklus genannt werden, nach welchem jene Akteure hauptsächlich bei der Problemdefinition (externe Thematisierung), wie beim Agenda setting aktiv sind. Die Formulierung von Gesetzen wird von den Ministerien vorgenommen. Hierbei ist einschränkend anzumerken, daß in vielen Fällen Lobbyisten aus der Wirtschaft in den Ministerien als „Externe Mitarbeiter“ beschäftigt sind und so die politischen Entscheidungen (ohne demokratische Legitimation) mit beeinflussen. Im Falle des Bundesbildungsministeriums sind unter anderem zum Beispiel Mitarbeiter der Deutschen Bank beschäftigt.<sup>1</sup>

Wenn es um die Evaluation geht, werden insbesondere diejenigen Organisationen wieder aktiv, die ihre politischen Zielvorstellungen noch nicht umgesetzt sehen (Schneider/Janning, 2006; Kreft, 2006).

	Verbände	Parteien	Parlament	Regierung	Verwaltung
Problemdefinition	●	●		●	●
Thematisierung	●	●		●	●
Politikformulierung	●	●	●	●	●
Implementation	●			●	●

Schneider/Janning, 2006 nach Maynth, 1980

**Tabelle 1: Einfluß von Akteuren auf den Politikzyklus der Bildungspolitik**

Tabelle 1 zeigt auf, daß Verbände (und Gewerkschaften) innerhalb des Schemas des Politikzyklus auf allen Ebenen Einfluß ausüben. Problemdefinition, wie Thematisierung findet in der Öffentlichkeit statt, wohingegen die Verbände und Gewerkschaften im Politikvollzug, also bei der Formulierung und er Implementation von Gesetzen eine Vermittlerrolle übernehmen. Dies geschieht konkret durch die Teilnahme an Entscheidungsprozessen in Beiräten, bei Anhörungen, innerhalb von Gutachten u.s.w. . Auch bei der konkreten Ausgestaltung der Berufsausbildung sind Gewerkschaften, wie auch Arbeitgeberverbände, maßgeblich beteiligt. Die Arbeitgeberverbände sind hierbei natürlich verantwortlich für eigene Weiterbildungsträger.

Der Einfluß von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften geht folglich, zumindest im Bereich der Erwachsenenbildung bzw. der Fortbildung, über eine reine Problemdefinition oder Thematisierung hinaus. Schließlich haben haben alle diese Akteure zusätzlich einen deutlichen Einfluß auf die öffentliche Diskussion.

Neben der direkten Einflußnahme auf Parlamente und Regierungen und die öffentliche Meinungsbildung, hat auch der Einfluß auf die exekutive Ebene eine hohe Bedeutung. So nehmen Gewerkschaften, vor allem die GEW, über Ihre Mitglieder Einfluß auf die

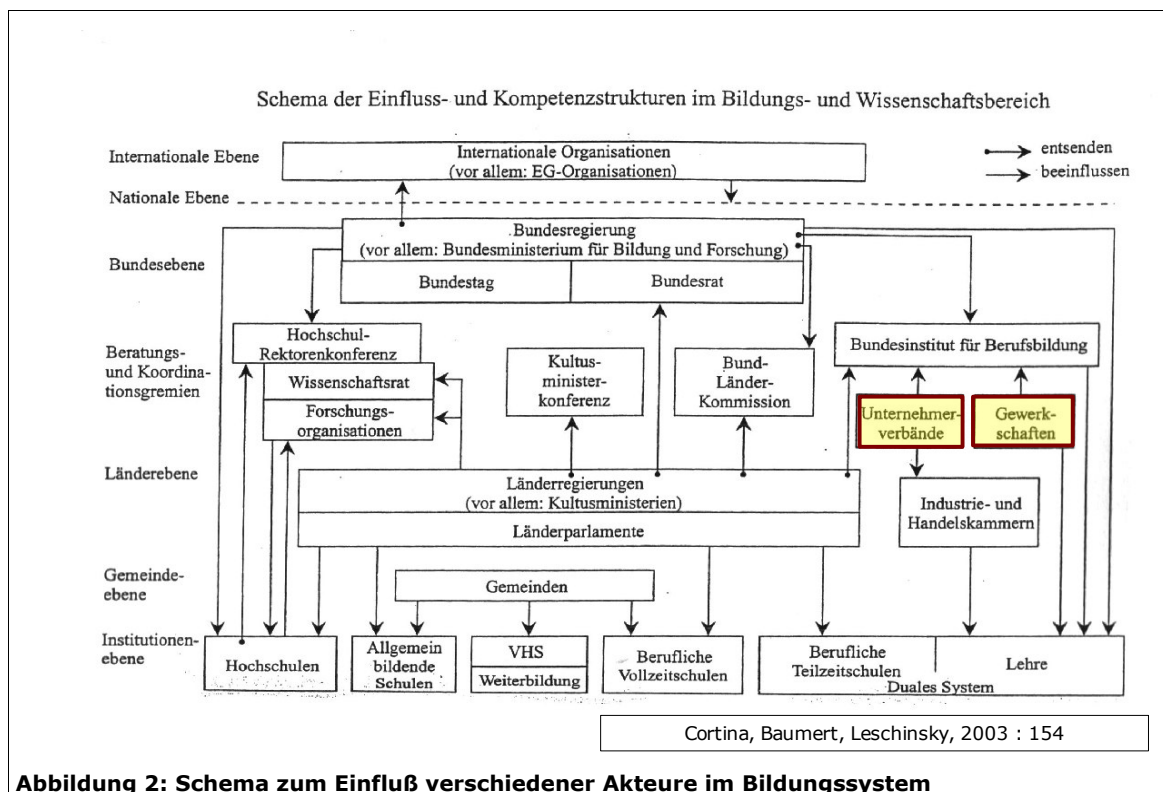
<sup>1</sup> Nach Angaben verschiedener Medienbereiche, u.a. der Internetplattform [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de) ([www.keine-lobbyisten-in-ministerien.de/index.php/Lobbyisten\\_nach\\_Ministerien#Bundesministerium\\_f.C3.BC\\_r\\_Bildung\\_und\\_Forschung](http://www.keine-lobbyisten-in-ministerien.de/index.php/Lobbyisten_nach_Ministerien#Bundesministerium_f.C3.BC_r_Bildung_und_Forschung), Zugriff 20.11.08)

Meinungsbildung innerhalb von Universitäten oder Schulen.

Einem solchen Einfluß „von unten“ stehen in Bezug auf die Universitäten die von den Landesregierungen eingesetzten Hochschulräte gegenüber, welche meist zu einem großen Anteil aus Wirtschaftsvertretern zusammengesetzt sind. Die Hochschulräte entscheiden über die Geschicke und die strategische Orientierung von Hochschulen, etwa wenn es um das Präsidentenamt der Universitäten geht. Hochschulräte bestehen hierbei außerhalb und unabhängig von der Universität und sind weder von der Bevölkerung direkt, noch von den Hochschulen selbst politisch legitimiert. Dennoch machen sie de facto Hochschulpolitik mit ihren Entscheidungen (Schneider/Janning, 2006; Fuchs/Reuter, 2000).

### 3.1. Schwerpunkte der Einflußnahme von Verbänden und Gewerkschaften auf die Bildungspolitik

Nichtstaatliche Organisationen besitzen im Sinne des Grundgesetzes Art. 9 das Recht, sich zu organisieren und Einfluß auf die politische Entwicklung zu nehmen. In der Bildungspolitik ist der ihnen offiziell zustehende direkte Einfluß von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, wie das folgende Schema zeigt, eher gering und bezieht sich lediglich auf die Berufsbildung. Allerdings täuscht eine solche Darstellung, zumal, wie oben bereits erwähnt, der indirekte Einfluß auf das „Agenda setting“ und auf die Problemdefinition ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger ist.



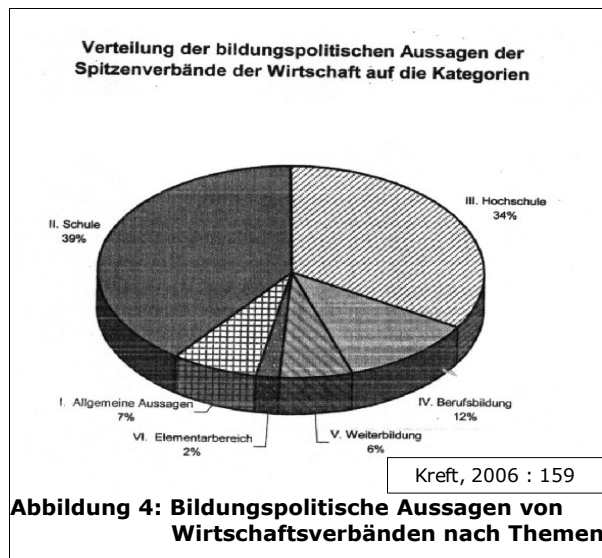
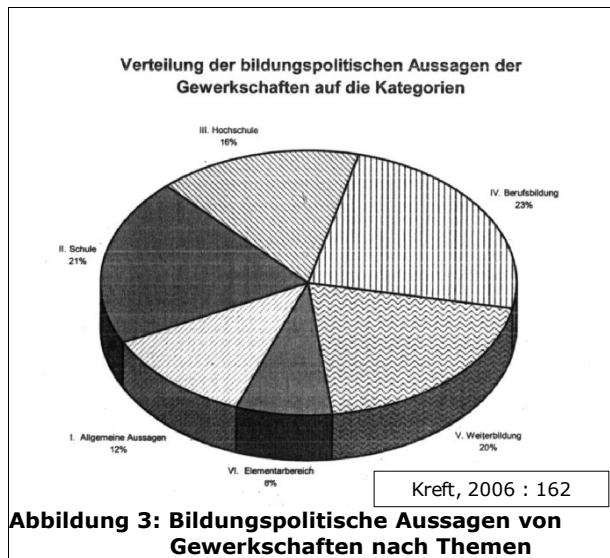
**Abbildung 2: Schema zum Einfluß verschiedener Akteure im Bildungssystem**

Der hohe Grad der Intransparenz durch die Vielzahl von Akteuren und Politikverflechtungen im Bereich der deutschen Bildungspolitik, welcher auch mit der Vielzahl nur teilweise demokratisch legitimierter Gremien einhergeht, führt dazu, daß Parlamente relativ entmachteter werden. Es werden Aushandlungsprozesse in vielen Fällen in Gremien auf Bundesebene, etwa im Rahmen der Kultusministerkonferenz vorentschieden. Daher sind auch Widersprüche im Länderparlamenten in vielen Fällen schwer durchsetzbar. Von einem schwachen Einfluß der Parlamente profitieren Interessengruppen, da sie auf vielen Ebenen, in vielen Gremien die Meinung beeinflussen können und nicht auf ein einziges Parlament mit klaren Mehrheiten und einer hohen Transparenz angewiesen sind (Kreft, 2006).

Es wird von einigen Autoren, im Gegensatz zur oben geäußerten Aussage, davon ausgegangen, daß im Zuge der europäischen Integration und der ökonomischen Globalisierung von einem Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Politiken (policy) ausgegangen werden müsse, in dessen Zuge auch nationalstaatlich organisierte Verbände an Einfluß verlören (Schneider/Janning nach Mayntz s.67). Dazu kommt, daß sich Gewerkschaften wie Wirtschaftsverbände seit einigen Jahren mit Mitgliederverlusten konfrontiert sehen. Diese machen vor allem den Gewerkschaften zu schaffen, da sie hauptsächlich von den relativ geringen Mitgliedsbeiträgen einer Vielzahl von Mitgliedern finanziert werden (Kreft, 2006; Pechar, 2006).

Daß sich der Einflußspektrum von Verbänden und Gewerkschaften auf die Bildungspolitik insgesamt und bei weitem nicht nur auf die Berufsbildung bezieht, zeigen die folgenden Diagramme:





Am dargestellten Sachverhalt in den Abbildungen vier und fünf ist zu erkennen, welche verschiedenartigen bildungspolitischen Schwerpunkte Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände setzen. Wo sich Gewerkschaften stärker auf die Berufs- und Weiterbildung, sowie auf allgemeinpolitische Themen konzentrieren, legen die Wirtschaftsverbände den Fokus viel stärker auf Schul- und Hochschulpolitische Fragestellungen. Auf Gewerkschaftsseite fällt nur die GEW etwas aus dem Schema, die sich sehr stark auf Schul- und Hochschulpolitische Fragestellungen, wie auch auf allgemeine Aussagen zur politischen Entwicklung im Bildungssystem konzentriert. In Bezug auf Das Ausbildungssystem mischen alle Gewerkschaften, vor allem aber der DGB, die IG Metall oder Ver.di mit.

Die Arbeitsteilung der Wirtschaftsverbände kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: Der BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) formuliert eher gesamtwirtschaftliche Forderungen und konzentriert sich auf die Schulpolitik, wobei sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eher auf Wirtschaftspolitische Forderungen und auf Hochschulpolitik bezieht. Der DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) ist eher regionalpolitisch im Bereich der Wirtschaftspolitik engagiert (Cortina/Baumert/Leschinsky, 2003; Wolf nach Scharpf, 2006).

#### **4. Interessen, zugrundeliegende Ideologien und Ziele und daraus abgeleitete Forderungen**

Die verfolgten Interessen von Kammern, Wirtschaftsverbänden und Stiftungen auf der einen, sowie anderen Verbänden und Gewerkschaften auf der anderen sind in vielen Fällen von einer entgegengesetzten, unvereinbaren Natur. Allgemein liegt der Schwerpunkt der Lobbyarbeit durch die Wirtschaftsverbände in einer Förderung angebotsorientierter Politik – auch was bildungspolitische Fragen angeht. Da in Bezug auf das Bildungssystem innerhalb der Wirtschaft jedoch verschiedene Interessen bestehen, kommt es hier teilweise zu

Konflikten und Konkurrenzen zwischen Wirtschaftsverbänden. Allgemein verfolgen die Wirtschaftsverbände jedoch das Ziel, das Bildungssystem nach marktwirtschaftlichen Prinzipien als Ansatz zur Problemlösung durchzustrukturieren (Kreft, 2006).

Auch wenn es vielfältige Ausprägungen bildungspolitischer Positionen und auch widersprüchliche Aussagen aus allen Lagern gibt, lassen sich die Fronten der Interessengruppen im deutschen Bildungsbereich auf mehrere prägende, unvereinbare Grundsätze vereinfachen. Diese können plakativ folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Elitenförderung versus Bildung für alle, freie Entfaltung der Persönlichkeit versus Förderung des Arbeitskräftebedarfs für die Wirtschaft, Bildung als Menschenrecht versus Bildung als Investition ins „Humankapital“ u.s.w.

#### 4.1. Problemwahrnehmungen und Interessen

Daß Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften unterschiedliche Interessen verfolgen und daher auch verschiedene Schwerpunkte bei der Definition von Problemen haben, liegt auf der Hand: Was die Problemwahrnehmung der Wirtschaftsseite angeht, so wird die Qualität der Schulen als nicht ausreichend angesehen. Zudem hält man die Hochschulabsolventen mit durchschnittlich etwa 27 Jahren für zu alt. Darüber hinaus wird der Fachkräftemangel moniert. Teilweise wird auch die soziale Selektivität des Bildungssystems kritisiert. Allerdings steht hinter dieser Kritik von dieser Seite, weniger die Sorge um die Menschen an sich, sondern viel mehr die Sorge um eine mangelnde Allokation von gesellschaftlichen „Humanressourcen“, welche letztendlich als eine Hauptursache für den Fachkräftemangel gesehen wird.

Auch die Gewerkschaften fordern eine höhere Qualität der Schulen. Allerdings liegt der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Problemdefinition auf der sozialen Selektivität, vor allem des Schulsystems. Die Gewerkschaften denken in Abgrenzung zu den Arbeitnehmerverbänden weniger output-fixiert. Viel mehr definieren sie, vor allem die GEW, Bildung als eine wichtige Grundlage für mündige und freie Bürger. Als Ziel wird neben einer positiven ökonomischen Entwicklung vor allem eine gerechte Gesellschaft mit echter Chancengleichheit und Teilhabe definiert. Bildung den Gewerkschaften als Menschenrecht.

Auf gesamtstaatlicher Ebene betrachtet kann angemerkt werden, daß Wirtschaftsverbände die Bildung weniger als zentrale Komponente des Sozialstaates begreifen, sondern als Möglichkeit der Menschen zur individuellen Leistungserbringung, zur Übernahme von Eigenverantwortung. Diese Eigenverantwortung soll im Idealfall in eine Dimension der Selbstökonomisierung führen, welche die Menschen im Sinne der Wirtschaft leistungsfähiger machen soll. Derartige Bestrebungen werden von den Gewerkschaften häufig kritisch beäugt, da sie als konträr zum Ziel der Persönlichkeitsentfaltung gesehen werden. Eine weitere essentielle Differenz zwischen den beiden Ideologiepolen besteht darin, daß für die Wirtschaftsvertreter die Dimension politischer Partizipation ermöglicht durch Bildung unwichtig erscheint, wohingegen Gewerkschaften, allein schon aus Eigeninteresse, daran interessiert sind, daß die Menschen sich gesellschaftlich engagieren und für das

Gemeinwohl einsetzen. Dies beinhaltet auch, daß die Menschen in der Lage sind, in politisch-ökonomischen Zusammenhängen zu denken und von dieser Basis ausgehend befähigt werden, für einen höheren Lebensstandard für sich und andere zu kämpfen.

Die größte Gemeinsamkeit von Arbeitnehmerverbänden und Gewerkschaften in Hinblick auf die Bildungspolitik besteht dennoch darin, daß die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen als sehr wichtig angesehen wird (Kreft, 2006).

#### 4.2. Aus der Problemwahrnehmung abgeleitete Ziele

Langfristige Ziele von Gewerkschaften, etwa von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, stellt die Gemeinschaftsschule dar. Also eine Schule, in der alle Schüler von der ersten, bis zur dreizehnten Klasse gemeinsam unterrichtet werden<sup>1</sup>. Dies soll die extreme soziale Schieflage im deutschen Bildungssystem nachhaltig begradigen. Ein weiteres Ziel der Gewerkschaften, insbesondere der GEW ist, daß Bildung als Menschenrecht anerkannt wird, welches jedem Menschen gleichermaßen zur Verfügung steht und zum unabhängigen und kritischen Denken befähigt. Letztlich soll ganz konkret der Absolventenanteil an Hochschulen deutlich auf 70% der Abiturienten erhöht werden, wobei der Staat zur Finanzierung aufkommen soll.

Wirtschaftsverbände und auch verschiedene wirtschaftsnahe Stiftungen wollen die Universitäten zu Dienstleistungsbetrieben für eine höhere Ausbildung umgestalten. Die Steuerung soll durch einen starken Wettbewerb zwischen Universitäten um Studierende und Mittel auf der einen und einen erhöhten Wettbewerb zwischen Studierenden auf der anderen erfolgen. Die Studierenden sollen ihr Studium als Investition ins eigene „Humankapital“ verstehen und dem entsprechend die „richtigen“ Fächer belegen, also diejenigen Fächer, welche im Sinne des Arbeitsmarktes und der eigenen langfristigen Gehaltsmaximierung als am sinnvollsten erscheinen.

Kreft faßt die Differenz so zusammen, daß der fundamentale Unterschied in der Schwerpunktsetzung des Vermittelns von technischem Detailwissens gegen die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen liege (Kreft, 2006).

In einer besseren Berufsorientierung der Hochschulen besteht Einigkeit zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden. Diese Position der Gewerkschaften ist im Grunde etwas widersprüchlich, da sie einerseits das Humboldsche Bildungsideal forcieren wollen, andererseits aber auch das Studium bis zu einem gewissen Grad am Arbeitsmarkt ausrichten wollen (Keller, 2006).

### 5. Beispiele für die subversive Einflußnahme verschiedener Interessengruppen

#### 5.1. Stifterverband der deutschen Wissenschaft

<sup>1</sup> Die Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre, wie sie in vielen Bundesländern durchgesetzt wurde, lehnt die GEW strikt ab.

Unter der Vielzahl von Stiftungen und Verbänden, welche in Deutschland Partikularinteressen vertreten, können exemplarisch die Bertelsmannstiftung, sowie der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. genannt werden.

Diese beiden Interessenvertretungen gelten, wie viele andere auch als „gemeinnützig“ und sind auch als solche anerkannt. Dies bedeutet konkret, daß sie von der Steuer befreit sind. Im Falle des „Stifterverbands der Deutschen Wissenschaft“ wird die Finanzierung durch Großunternehmen gewährleistet<sup>1</sup>, welche natürlich ihre Arbeitgeberinteressen bedient sehen wollen. Der „Stifterverband“ will sich für die Verbesserung der Hochschulprobleme einsetzen.

Zu diesem Zweck publiziert er und beeinflusst so Politik und öffentliche Meinung. Besonders interessant ist hier die PR-Strategie, sich als Verband der Wissenschaft zu bezeichnen und in Wirklichkeit ein Verband der Wirtschaft zu sein.

Qualitätssicherung im Hochschulbereich möchte der Stifterverband vor allem durch einen erhöhten Wettbewerb realisiert wissen. Um diesen auch zwischen Bildungspolitikern verschiedener Bundesländer herzustellen, werden etwa Hochschulgesetze miteinander verglichen, nach Kriterien der deutschen Wirtschaft beurteilt und in eine Hierarchie von „Best-Law“ Gesetzen, bis hin zur „Schlußgruppe“ gebracht. Hiermit versucht man, Druck auf Länderregierungen auszuüben, welche etwa andere bildungspolitische Schwerpunkte setzen oder andere Ziele für die Hochschulen verfolgen, als es der „Stiferverband“ tut.

### 3.6 Unternehmensgründung und Unternehmensbeteiligung durch die Hochschulen

#### Leitbild

*Unternehmensgründung und -beteiligung sollen den Hochschulen, nicht nur aus Mitteln des Körperschaftsvermögens, gesetzlich erlaubt sein. Die Entscheidung soll bei der Hochschulleitung bzw. dem Hochschulrat liegen. Eine Genehmigung durch das Ministerium soll nicht erforderlich sein. Die Anerkennung von An-Instituten soll durch die Hochschule ohne Beteiligung des Ministeriums erfolgen. (Möglichst Befreiung von der Bindung an § 65 LHO.)*

#### Best-Law-Gruppe:

Platz	Land	Begründung
1	Mecklenburg-Vorpommern	Unternehmensgründung und -beteiligung möglich ohne ministerielle Zustimmung.
2	Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen	Zustimmung durch Ministerium erforderlich.
3	Bremen, Niedersachsen	Zustimmung durch das Ministerium auch bei Genehmigung von An-Instituten erforderlich.

#### Mittelgruppe:

Platz	Land	Begründung
4	Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Unternehmensgründung und -beteiligung nur aus Körperschaftsvermögen möglich; Zustimmung des Ministeriums (und Senats) erforderlich.
	Saarland, Schleswig-Holstein	Keine Regelungen für Unternehmensbeteiligungen, aber Anerkennung von An-Instituten mit Genehmigung des Ministeriums geregelt.

Stifterverband • Positionen, August 2002

**Abbildung 5: „Best-law“-Ranking des „Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft“<sup>1</sup>**

<sup>1</sup> Zu diesen Unternehmen zählen die Deutsche Bank DaimlerCrysler, Bosch etc.

<sup>2</sup> [www.stifterverband.de/pdf/positionen\\_august\\_2002.pdf](http://www.stifterverband.de/pdf/positionen_august_2002.pdf)

## 5.2. Direkter Einfluß von Wirtschaftsvertretern: Hochschulrat

Hochschulräte werden von den Landesregierungen eingesetzt. Sie bestehen extern von den Universitäten und übernehmen die Funktion, welche der eines Aufsichtsrats in Wirtschaftsunternehmen entspricht. Dies zeigt auf exemplarische Art und Weise die Umdeutung und Umgestaltung einer Bildungseinrichtung zu einem ökonomischen Betrieb. Eine Umdeutung findet hier in sofern statt, als daß das Wort Hochschulrat vom Wortklang an alte universitäre Selbstverwaltungsgremien erinnert, jedoch dem Prinzip nach ein Aufsichtsrat ist. Eine strukturelle Umgestaltung findet in sofern statt, als daß der Hochschulrat an Stelle demokratisch legitimierter Selbstverwaltungsorgane in den Universitäten tritt.

Offiziell soll der Hochschulrat aus „Persönlichkeiten“ der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammengesetzt sein. Er soll so die Gesellschaft repräsentieren und hierdurch als Schnittstelle von Universität zur Gesellschaft fungieren. Diesem Anspruch zum Trotz, tagen Hochschulräte meist geheim, also unter Ausschluß der Gesellschaft. Studentische Vertreter gibt es grundsätzlich keine in Hochschulräten.

Welche Interessen der jeweilige Hochschulrat verfolgt, hängt von der jeweiligen personellen Zusammensetzung ab, die je nach Bundesland unterschiedlich getroffen wird. Überwiegend sind neben Universitätsfunktionären Arbeitgebervertreter im Hochschulrat vertreten. Es ist nicht schwer sich vorzustellen, welche Art von Entscheidungen getroffen werden.

## 5.3. Fallbeispiel Bertelsmannstiftung und das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)

Die Bertelsmannstiftung ist eine als gemeinnützig eingetragene Stiftung, die sich selber als Institution versteht, welche mit neuen und vor allem ökonomischen Ideen die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben möchte. Die Stiftung verfügt über ein Jahresbudget von 64 Mio. Euro und zählt damit zu den größeren deutschen Stiftungen.

Die Bertelsmannstiftung kooperiert mit verschiedensten Akteuren der Bildungspolitik. So etwa mit dem „Stifterverband der Deutschen Wissenschaft“, mit welchem sie 1998 ein Papier zur Hochschulfinanzierung in der Zukunft ausformulierte.

Die Bertelsmannstiftung arbeitet aber auch mit Akteuren zusammen, die gemeinhin nicht als „Agenten des Neoliberalismus“ bezeichnet werden können. So wird das alljährliche CHE-Hochschulranking etwa in der als links-liberal bekannten Wochenzeitung *Die Zeit* veröffentlicht. Darüber hinaus arbeitet die Bertelsmannstiftung sogar mit der gewerkschaftsnahen Böcklerstiftung zusammen. Die Bertelsmannstiftung ist also kein einfach einzuordnender Akteur. In einigen Bildungsbereichen nimmt sie progressive Elemente auf, bleibt aber letztlich stets ihrer Stiftungsmutter verpflichtet und forciert die Privatisierung des Bildungssystems, was nicht zuletzt und nicht ganz zufällig dem privaten Bildungsdienstleister Bertelsmann AG langfristig in die Hände spielen dürfe<sup>1</sup>. Die

<sup>1</sup> Die Förderung einer Kostenorientierung im Bildungssystem scheint hilfreich für Bertelsmann, um sich als kostengünstiger Anbie-

Forcierung und Vermarktung einer radikalen Output- und Ertragsorientierung im Bildungsbereich, etwa durch die Einführung von Wirtschaftsstrukturen wie dem Controlling, gehört zu den einfach angreifbaren Seiten der Bertelsmannstiftung. Dem gegenüber steht der sehr viel schwerer zu fassende „sanfte“ Einfluß auf viele Medien. So gehören etwa die Verlage *G+J*, *Der Spiegel*, oder der Fernsehsender *RTL* teilweise oder vollständig zum Bertelsmannkonzern. „Sanfter“ Einfluß wird auch in Form von Konferenzen, Kongressen oder Schul-Modellprojekten ausgeübt (Barth, 2006).

Das Centrum für Hochschulentwicklung ist eine GmbH, die 1994 von der Bertelsmannstiftung und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ins Leben gerufen wurde. Finanziert wird das CHE hauptsächlich von der Bertelsmannstiftung. Das Jahresbudget beträgt etwa 2 Mio. Euro. Geschäftsführer des CHE ist Detlef Müller-Böling<sup>1</sup>, in welchem er den Umbau des Hochschulsystems nach ökonomischen Prinzipien propagiert.

In einem jährlich veröffentlichten Ranking stellt das CHE die Leistungsfähigkeit von Hochschulen und Studiengängen vergleichend in einer Rangliste dar. Leistungsfähigkeit wird hierbei natürlich nach den Kriterien von CHE gemessen und bezieht sich hauptsächlich auf Aspekte wie die Höhe der Drittmittelanwerbung, der Zufriedenheit der Studierenden mit den Studienbedingungen, der Menge an Publikationen der Professoren, oder etwa der Ausstattung mit technischem Gerät (u.a. Barth, 2006).

Aspekte wie der Grad des kritischen Denkens der Studierenden, oder der Nutzen von Wissenschaft und Forschung für den Fortschritt der gesamten Gesellschaft jenseits der Wirtschaft werden nicht gemessen.

Das CHE-Ranking wird alljährlich in der Wochenzeitung *Die Zeit* abgedruckt.

Das CHE propagiert darüber hinaus die Einführung von Studiengebühren als die Lösung für die chronische Unterfinanzierung deutscher Universitäten. Es wird am bestehenden staatlichen Finanzierungssystem keiner oder international vergleichsweise geringer Studiengebühren kritisiert, daß hierdurch der Zugang zu privaten Bildungsdienstleistern erschwert werde.

Paradox am Centrum für Hochschulentwicklung ist, daß es gleichzeitig die in Deutschland so wichtige soziale Frage in Bezug auf das Bildungssystem aufnimmt, aber gleichzeitig eine Politik vorantreibt, welche der Chancengleichheit zuwider läuft. Schließlich werden gleichzeitig Studiengebühren gefordert, aber auch eine höhere Bildungsbeteiligung bildungsferner Schichten (Barth, 2006). Dieses Paradoxon mag darin begründet sein, daß sich ein Akteur, welcher sich zu bildungspolitischen Fragen zu Wort meldet, in Deutschland nur dann Gehör findet, wenn er ein Mindestmaß an obligatorischer sozialer Argumentation aufnimmt. (Barth, 2006, CHE Centrum für Hochschulentwicklung, 2008 - [www.che-ranking.de](http://www.che-ranking.de))

## 6. Schlußbemerkungen / Fazit

Insgesamt kann festgestellt werden, daß der direkte Einfluß von Wirtschaftsverbänden und

ter gut positionieren zu können.

1 der Autor des Buches „Die entfesselte Hochschule“



Gewerkschaften auf die Umsetzung von Bildungspolitik eher gering ist, der indirekte Einfluß auf das Agenda setting und die Politikformulierung jedoch sehr groß. Insbesondere die wirtschaftsnahen Stiftungen haben einen bedeutenden Einfluß auf die politische und gesellschaftliche Mainstream-Meinung. Wirtschaftsnaher Verbände haben in vielen Fragen der Bildungspolitik sogar die Definitionsmacht gewonnen. Folgende Beispiele können hierfür genannt werden: Der Begriff des Humboldtschen Bildungsideals wird heute nur noch von wenigen Politikern ernst genommen, oder auch nur verwendet. Die Meinung, Absolventen müßten möglichst jung sein, hat sich bei vielen Menschen durchgesetzt, ebenso wie die Annahme, der Hauptsinn von Bildung sei der, dem Arbeitskräftebedarf des Arbeitsmarktes nachzukommen. Ein weiteres Beispiel ist die teilweise Durchsetzung von Studiengebühren in etwa der Hälfte der Bundesländer.

Hervorzuheben ist in Bezug auf das Agenda setting und die Ausübung subversiver Meinungsbildung im Besonderen die Bertelsmannstiftung und ihr Centrum für Hochschulentwicklung, die es geschafft haben, eine Art Sonderstatus in der Einflußnahme auf die Bildungspolitik zu erlangen. Dieser besteht darin, daß sie sowohl mit Bündnispartnern auf der „rechten“ wie auf der „linken“ Seite des politischen Spektrums zusammenarbeiten. Hierdurch erlangen sie eine scheinbare Objektivität und Überparteilichkeit, welche ihre eigentliche, bildungspolitische Zielrichtung einer Klientelpolitik für die Arbeitnehmerseite verdeckt.

## 7. Literaturverzeichnis

Barth , T. (Hg.)

Bertelsmann: Ein globales Medienimperium macht Politik  
Anders Verlag, 2006

CHE Centrum für Hochschulentwicklung  
[www.che-ranking.de](http://www.che-ranking.de)  
2008

Cortina/Baumert/Leschinsky  
Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland  
Reinbek, 2003

Fuchs, H. / Reuter, L.  
Bildungspolitik in Deutschland - Entwicklungen, Probleme, Reformbedarf  
Opladen, 2000

Keller, A. / Hans Böckler Stiftung / GEW  
Die Zukunft der Hochschulen in einer föderalisierten Bildungslandschaft  
Bad Orb, 2006  
[www.studieren.gew.de/Binaries/Binary19565/Andreas\\_Keller\\_Steuerung\\_Hochschulen.pdf](http://www.studieren.gew.de/Binaries/Binary19565/Andreas_Keller_Steuerung_Hochschulen.pdf)

Kreft, J.  
Gewerkschaften und Spitzenverbände der Wirtschaft als bildungspolitische Akteure : Positionen,  
Strategien und Allianzen  
Wiesbaden, 2006

Pechar, H.  
Bildungsökonomie und Bildungspolitik  
Münster, 2006

Schneider, V. / Janning, F.  
Politikfeldanalyse : Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik  
Wiesbaden, 2006

Wolf, F.  
Die Bildungsausgaben der Bundesländer im Vergleich : welche Faktoren erklären ihre beträchtliche  
Variation?  
Münster, 2006

Stifterverband der deutschen Wissenschaft  
[www.stifterverband.de/pdf/positionen\\_august\\_2002.pdf](http://www.stifterverband.de/pdf/positionen_august_2002.pdf)  
2006, Zugriff 08/08

### Diverses

Zum Überprüfen diverser Aspekte: [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org)